

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 40.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 197.

Montag-Ausgabe

Montag, 25. Januar 1904.

Preis: 10 Pf. pro Quartal 30 Pf. pro Halbjahr 60 Pf. pro Jahr 120 Pf. (Postgebühren).
Verlag: C. W. Barthelme, Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Verlag: C. W. Barthelme, Halle a. S., Leipzigerstr. 87.
Geschäftsstelle in Berlin: Bernauerstr. 3.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Altes Rathaus.
Telephon Nr. 158.
Eingang C. W. Barthelme.
Erscheinung: Dr. Walter Grieseler in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Herzog Friedrich von Anhalt.

Am heiligen Sonntagabend um 11 Uhr 20 Min. ist Herzog Friedrich von Anhalt in noch nicht vollendetem 78. Lebensjahre gestorben.

Leopold Franz Nikolaus Friedrich, Herzog von Anhalt, geboren 29. April 1831 als einziger Sohn des Herzogs Leopold Friedrich von Anhalt-Desau in Dessau, übernahm die Regierung der 1863 wiedervereinigten anhaltischen Lande nach dem Tode seines Vaters, 22. Mai 1871, nachdem er kurz zuvor aus dem französischen Exil zurückgekehrt war. In der Folge der künftlerischen Interessen, besonders in der Inbetriebung der Unterhaltung des Hoftheaters und der herzoglichen Kapelle geübten Freizeitspiele, folgte der Herzog den Traditionen seines Hauses. Friedrich war preussischer General der Infanterie à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß und Chef des anhaltischen Infanterie-Regiments Nr. 65. Am 1. Januar 1894 geschlossenen Ehe mit Antonette, Prinzessin von Sachsen-Altenburg (geb. 17. April 1838), entpfiessen bei am 2. Februar 1896 geborene Erbin Prinzessin Luise, die jetzige Erbin Friedrich (geboren 19. August 1896, verheiratet am 2. Juli 1900 mit Prinzessin Marie, Tochter des Prinzen Wilhelm von Baden), Prinzessin Elisabeth (geb. 7. Sept. 1897, verheiratet mit dem Erbprinzen Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz), Prinzessin Luise, Tochter des Prinzen Wolf von Sachsen-Altenburg, Prinz Albert (geb. 18. Juni 1894, verheiratet 6. Juli 1900 mit Prinzessin Luise Auguste von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg) und Prinzessin Alexandra (geb. 4. April 1898, verheiratet 25. Jan. 1897 mit Prinz Eigo von Schwarzburg).

Südwesteuropa.

Aus Swakopmund telegraphiert der Kommandant des Kreuzers „Gohabit“, daß dort ein Bote aus Dabania, das hier am 20. d. M. verlassen habe, eingetroffen ist mit der Meldung, daß die Expedition des Oberleutnants v. Hülow in Ostafrika angekommen und daß der Ort vorläufig unentbehrlich befähigt sei. Von Ostafrika ab sei die Bahn günstig verläuft. Es soll sich sich fortwährend ein starker Zug von Verwundeten nach Dabania; die Lage ist aber verläufig befriedigend. — Der Kommandant meldet unterm 22. d. Mts. weiter aus Swakopmund: Die Lage ist unverbessert. Der Vortrieb ist infolge starker Regenfälle häufig unterbrochen. — Der „Berl. Lokalztg.“ berichtet aus Südwesteuropa, daß in Gebiet der Dwaal-Minegesellschaft, nördlich des Hererogebietes, besonders in Großfontein, wo die Dwaalminen, welche sich eine Gärung bemerkbar. Die Eigentümer dieses Gebietes, die South West African Company, habe das für den Bau der Dwaalminen bestimmte Material an Ostafrika u. v. der Regierung zur Verfügung gestellt, die das Anerbieten angenommen habe.

In Windhuk führt als einziger dort befindlicher Offizier der Adjutant des Obersten v. Beutwin, Oberleutnant Hans v. Tschow, den Oberbefehl. Dieser hat telegraphisch nach Berlin gemeldet, daß der Versuch gemacht worden sei, den im Süden des Schutzgebietes befindlichen Gouverneur von dem Hereroaufstand zu unterrichten. Beutwin fände, wenn er sich selbst allein zurückziele, vielleicht in wenigen Tagen in Windhuk eintreffen.

Nach der kaiserlichen Ordre gilt das Kanonenboot „Gohabit“ von seinem Eintritte vor Swakopmund an als im Kriegszustand befindlich. Die nächste Post nach Swakopmund besorgt der Reichspostdampfer „Herzog“, von Hamburg ab am 20. Februar; seine Ankunft in Swakopmund erfolgt am 27. Januar.

Eine Depesche des Reuterschen Bureau aus Swakopmund vom Sonnabend besagt, daß nach der Meldung eines eingetroffenen Boten Dabania, woselbst sich Oberleutnant v. Hülow mit seiner Kommando in der bisherigen Besetzung in starker Stellung befindet, noch von einer großen Anzahl Hereros belagert werde. Von Windhuk und aus dem Süden liegen neue Nachrichten nicht vor. Überall im Lande herrscht Regenwetter.

Das am 23. Januar abends in Berlin eingetroffenen Telegramm des Kommandanten S. W. S. „Gohabit“ hat sich an der bisherigen Lage nichts geändert. Die Bahn bis Karibib ist vorläufig militärisch gesichert, aber seit zwei Tagen durch fortwährenden Regen bei Stand unterbrochen. Geänderte Depesche ist es möglich, wenn das Wasser abgelassen ist. Hinter Karibib ist die Bahn bis Kilometer 229 hergestellt.

Konservative Aufforderungen an die Regierung.

Der konservativen Volkswirtschaft des Reiches Niederbarnim hielt am Freitag in Berlin eine Versammlung ab, in der der Landesdirektor Herr v. Manteuffel, Mitglied des Herrenhauses, über die gegenwärtige politische Lage sprach. Der Kampf gegen die Umstürzlerpartei sei jetzt die erste Pflicht aller staatsverbaltenen Elemente. Man dürfe sich weder übertriebenem Optimismus, noch übertriebenem Pessimismus in Bezug auf die Sozialdemokratie hingeben, wie es bei den Reichstagswahlen, bei dem Dresdener Barrikadenkampf und bei der bekannenen Rede des Reichstagspräsidenten nach der einen oder anderen Richtung der Fall gewesen sei. Den Ausgang des Grimmitschauer Streits halte er für viel wirksamer und vernichtender für die Sozialdemokratie, als den Illegitimen Dresden und die herrliche Rede des Grafen Bülow v. (Stimmlicher Beifall). Sie können sich darauf verlassen, wenn die bürgerliche Gesellschaft die Courage hätte, sich auf ihre eigene Kraft zu verlassen, so könnten wir den Kampf gegen die Sozialdemokratie siegreich beenden (Beifall). . . . In dem bevorstehenden Kampfe gegen die

Sozialdemokratie muß die Regierung eigentlich die Führung übernehmen. Verlangt sie da, so müssen wir sie fortsetzen! Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Hauptversammlung des konservativen Volkswirtschaftsvereins des Reiches Niederbarnim erklärt es als eine Pflicht aller bürgerlichen Parteien, in eine energische Kampfung der Sozialdemokratie einzutreten, und hofft, daß die Sozialdemokratie in diesem Kampfe die Fagone vorantreibt.“

Von der Vereinigung der konservativen Volkswirtschaftsvereine, die vor kurzem in Donau tagte, ist folgendes Telegramm an den Reichstagspräsidenten gerichtet worden: „Die heute versammelte Vereinigung der konservativen Volkswirtschaftsvereine vertritt Euer Erzellenz in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie und für Kaiser und Vaterland mit allen Kräften unterliegen zu wollen, und gibt sich der Hoffnung hin, daß den in Euer Erzellenz Nebenwichtig gesehene Gefahren baldig entgegenzutreten werde. Zum Austrage: Graf zu Dohna-Sinowitsch.“

Der Geldbedarf des Reiches.

In den letzten Tagen ist durch die Presse die Nachricht verbreitet worden, daß das Reichsministerium entschlossen sei, in diesem Jahre die übliche Regelung einer neuen Reichsanleihe zu veranlassen und dafür Schöpfung auszugeben. Die „Nord. Allg. Ztg.“ ist in der Lage, die Nachricht als unrichtig bezeichnen zu können. Eine Entscheidung darüber, in welcher Weise im laufenden Jahre der Kredit für den Haushalt der Reichsfinanzen in Anspruch zu nehmen wäre, konnte bisher umso weniger schon gefaßt werden, als bis jetzt weder der zu befristende Betrag, noch der Zeitpunkt feststeht, zu dem für das Reich Mittel und Wege des Kredits möglich zu machen sein werden. Das erwähnte Gerücht mag vielleicht dadurch entstanden sein, daß bei den allgemeinen Erwartungen über die künftig zur Beschaffung von Reichsanleihen zu treffenden Maßnahmen auch die Möglichkeit einer Ausgabe von Schatzscheinen für längere Zeit zur Erwägung gekommen ist. Aber bestimmte Entscheidungen, das können wir nach den eingeholten Informationen auf das bestimmteste versichern, liegen in dieser Beziehung nicht vor.

Sozialdemokratische Parteieinnahmen.

Keine andere politische Parteiorganisation verfügt über so reiche Geldmittel, wie sie die Sozialdemokratie zu Gebote stehen. Einen untrüglichen Beweis für diese ja freilich schon ziemlich allgemein bekannte Tatsache liefert von neuem der spezifizierte Einnahmeverzeichnis für den letzten Monat des verflochtenen Jahres, den der Parteiführer im „Vorwärts“ veröffentlicht, wie das auch sonst allmonatlich geschieht. Es sind im Laufe des Dezember allein der sozialdemokratischen Parteikasse nicht weniger als 72 174 Mark an Kontributionen eingegangen. Eine solche Monatssumme (es handelt sich nicht etwa um Jahresbeträge) — muß gerade jetzt als um so bemerkenswerter erscheinen, nachdem durch die enormen Kosten für die Reichstags- und Landtagswahlkämpfe im verflochtenen Jahre sicher bereits ungewöhnlich hohe Anforderungen an die pekuniäre Opfernwilligkeit der Genossen gestellt worden waren. Wo finden wir in irgend einer anderen politischen Partei, oder auch bei einer wirtschaftspolitischen Organisation eine ähnliche Beitragsfreudigkeit zur Förderung der angestrebten Ziele?

Wenn man neben der anerkannt vorzüglichen, auch von keiner anderen Partei erreichten Disziplin, von der willigen Unterordnung aller einzelnen Parteigenossen unter die Weisungen ihrer Führer, diese auch unter den ungünstigsten Verhältnissen (nach opferreichen Kämpfen) stets so reich verordnete sozialdemokratische Kriegskasse sieht, dann erlangen sich leicht die großen Fortschritte, welche die Umstürzlerpartei im Kampfe mit den übrigen Parteien erzielt hat.

Wanderliche Zustände in der Freisinnigen Vereinigung.

Die Parteiführer der Freisinnigen Vereinigung haben seit ohne Ausnahme den sozialdemokratischen Weisungen der Partei und Raumzeit eine runde Absage erteilt. Die neuen Freunde oder Feinde sind daran nicht, sie gerieren sich weiter als Führer der Wahlkampfgruppe und unternehmen Ausfahrten in einzelne Bezirke, in denen sie eine ihnen günstige Stimmung vermuten und propagieren ihre von der eigenen Partei desabotierten Ideen. Was ist das für eine schlappe Gesellschaft, die sich auf diese Art nachführen läßt! Sie haben tapferer Worte gegen die Sozialdemokratie angeblich zu führen entschlossen ist und deren Fraktionsmitglied im Reichstag, von Gerlach, ganz unmerklich nicht nur die Grimmitzauer, sondern auch alle anderen sozialdemokratischen Arbeiter gegen das Unternehmern durch folgende Worte aufweist: „Die Sache für Grimmitzauer, die den höchsten Behörden und den Staatsräthen gebührt, soll aufgeschoben, aber nicht aufgegeben sein!“ — Wer sind denn eigentlich heut die maßgebenden Führer der Freisinnigen Vereinigung? Dem äußeren Anschein nach sind es die Agitatoren, die sich als Totengräber des National-Sozialismus bewähren haben und die nun wohl auch dem Wahlkampfplum den besten Riechdienst erwiesen werden.

Der Wahlkampf.

Dem Abgeordnetenausschuß ist seit von den freisinnigen Abgeordneten H. G. B. und H. G. B. und H. G. B.

geliebte Antrag in folgender Fassung zugegangen: „Das Land der Abgeordneten, welche beabsichtigen, die Sozialdemokratie anzuerkennen, ohne Bezug, ebenfalls noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung, einen Gesetzentwurf einbringen, durch den die Schulunterhaltungsbeiträge durch Befreiung der vielfach schwer empfundenen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Schulstellen innerhalb des Schulbereiches gemäß Artikel 20 der Verfassung neu geregelt und zugleich für die Befreiung der Unzulänglichkeiten in der Befreiung der verschiedenen Schulverbände und in der Höhe des Dienstlohnens der Volksschullehrer gefordert wird.“

Der Wahlkampf.

Dem Abgeordnetenausschuß ist nunmehr der bereits mitgeteilte Antrag der Freisinnigen über die Teilung übermäßig großer Wahlkreise, die Befreiung der Verteilung nach Umständen in größeren Gemeinden und Schaffung eines Kreisverfassens für die Kreise nach Art der Wahlen zur Landtagsversammlung zugegangen.

Se. Maj. der Kaiser machte am Sonnabend morgen den genobten Spaziergang im Tiergarten mit dem Prinzen Carl-Friedrich, sprach beim Reichsgraf von Grafen von Bülow vor, umging um 10 Uhr im Schloßpark den zum Kaiser der Friedrichsdenkmal des Ordens pour le mérite genannten Professor Dr. Auer und hörte die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und des Chefs des Marinekabinetts. Abends war im königlichen Schloß große Desfilierung für alle Herren von Militär. Die Prinzen des königlichen Hauses und die höchsten Hofbeamten wohnten dem Vorgange bei, an dem die gesamte Generalität, die Admiralität, das Offizierskorps der Garde und die in Berlin domicilierenden militärischen Behörden teilnahmen.

Nachruf.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt am Schluß eines Nachrufes für den verstorbenen Minister Warhaft: „Der Ernennung Albert v. Warhaft zum Minister war unversehens die Vorfälle und Durchführung der großen Werke der Vergrößerung und Befestigung des Reichsflottenstützpunktes in Preußen gefolgt. Als nach dem Stürzen des Reichsflottenstützpunktes der Entwurf der preussischen Flottenbauten durch den Staat vom Kaiserlichen Reichstag ins Auge gefaßt war, fand er in dem Ernennung des geeigneten Mann zur Leitung dieser Aufgabe. Warhaft reichte Entwürfen für praktischen Flottenbau, die ein großes Verständnis für die Aufgaben des Staates auf dem Gebiet des Flottenbaues, verbunden mit den persönlichen Eigenschaften eines mutigen und lauten Charakteres, verkörperte, die ihm die Überzeugung und Durchführung des schwierigen und wichtigen Auftrages, den ihm der Kaiser Warhaft bei der Ernennung auf den Posten des großen Kommandanten zugetraut hat. Fest und Hart, wie die Eichen seiner Heimat, umgeben von der Luft der Geschäfte seines weiten, weltumfassenden Hofes, unerschrocken durch die hochgehenden Wogen der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe um ihn her, legte er die Hand an das große Werk und führte es in kurzer Zeit glänzend und glückenreich zu Ende. In der letzten Zeit seines Lebens erzielte er durch die Erneuerung des nunmehr geschlossenen einseitigen Staatsflottenbaues, des größten damals bestehenden gewerblichen Unternehmens, zur wirtschaftlichen Förderung des Landes und zur dauernden Befestigung der Finanzkraft des Staates.“

Zugleich wogte er den sich wachsenden Anforderungen der seiner Führung unterstellten anderen großen Verwaltungsbereiche des Staates, insbesondere der Staatsverwaltung, in nie verlassener Kraft im vollsten Maße gerecht zu werden. Auch auf diesem Gebiet seines ausgeübten Hofes verdankte viele Schöpfungen seiner Anregung und Förderung ihr Entstehen.

Sein Leben seinen König und Vaterland, das laudende Bewußtsein eines gewissen Beamten, ein Staatsmann vom weiten Blick, von besonderer Erziehung und kraftvoller Tat, hat er in seinem langen und arbeitsreichen Leben dem Staate unerschütterliche Dienste geleistet und seinen Namen mit der Geschichte des Vaterlandes für alle Zeit verknüpft.

Am seiner Waise trauert das Land um einen feinen Mann. Seine Personalsachen. Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ berichtet haben einige Behauptungen in der Zeitung der liberalen Partei stattgefunden. Der durch den Tod des bisherigen Inhabers Friedrich von Wangenheim freigebliebene Posten des kaiserlichen Gesandten in Buenos Aires ist dem früheren Generalkonsul in Calcutta, Gesandten von Waldthagen, übertragen. Den Posten des Legationssekretärs bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Legation hat der bisherige, seit der preussischen Gesandtschaft am päpstlichen Stuhl befristete Legationssekretär v. Zedman und Logischen, den bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Guatemala der bisherige beurlaubte Legationssekretär v. Z. erhalten. Anstelle des in die kaiserliche Gesandtschaft am päpstlichen Stuhl entsandenen Legationssekretärs v. Zedman ist der Legationssekretär Dr. Fr. Langewand von Summern, bisher in Wien, an die kaiserliche Gesandtschaft in Hispanien versetzt worden.

Brennender Landtag.

Abgeordnetenausschuß.

3. Sitzung vom 23. Januar 11 Uhr.

Am Ministertisch: Graf Bülow, Frh. v. Helldorf, W. v. Hammerstein, v. Hammerstein, v. Hammerstein, v. Hammerstein.

Der hiesige Beschluß beginnt heute die erste Sitzung des Ausschusses. Erste Rede ist von Graf Bülow-Strunz (kon.): Als jüngst eine Mitteilung von der unter gestrichelten Krankheit genas, zeigt es sich, welche großen Bande der Trauer und Unzulänglichkeit das Volk und das ganze unerschütterliche Volk verbinden. Diese Wahrnehmung läßt uns mit Vertrauen dem Kampfe entgegengehen, den wir gegen die nichtswürdige Verhinderung der Sozialdemokratie zu führen haben, der Sozialdemokratie, deren Befreiung darauf hinausläuft, die Reichsstraße zu unterbrechen (Beifall). Die Regierung soll sich bemühen, daß es einer fruchtigen Initiative zur Befreiung der Sozialdemokratie bedarf. (Beifall.) Wenn ich das wieder überblicke, so sehe ich alle Parteien eina in der gleichen Stärke wieder verdammt. Auch meine Freunde sind ungeschwächt zurückgeblieben trotz der stürmischen Angriffe, welche die Nationalverbände gegen uns gerichtet

